Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Vereins-, Versamm-, Familien- und Vergnügungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 30 ₰.

Inserate für die laufende Nummer müssen spätestens bis vormittags 9.30 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7090.

Telephon-Nr. 1047 — Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof partoure rechts. — Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 162 — Donnerstag den 15. Juli 1897. — 8. Jahrg.

Ein Zeichen der Zeit.

Selbst in solche Kreisen ist das Bewußtsein von der Notwendigkeit schärfster Opposition gegen das gegenwärtige Regierungssystem gedrungen, die bisher die „Loyalität" als dem wertvollsten Schmuck ihres Bürgertums betrachteten. Und was man früher nur im vertrautesten Kreise zu äußern sich getraute, das wird jetzt auf offnem Markte allen verkündet, die es hören wollen.

Die nationalliberale Elberfelder Zeitung giebt jenen Stimmungen in recht drastischer Weise Ausdruck. Wir wollen einige Stellen daraus zitieren; alles zu zitieren, dürfte für eine sozialdemokratische Zeitung nicht recht angängig sein:

„Die Erbitterung in den weitesten Kreisen des Volkes über die Art, wie heute regiert wird, steigt zusehends und hat bereits eine Gestalt angenommen, die befürchten läßt, daß wir einer Konfliktszeit zutreiben, in welcher die Massen mit der äußersten ihnen gesetzlich erlaubten Mitteln nach dem offenen Ausdruck ihrer wirklichen Meinung greifen. Es ist wahrlich schon an sich ein bezeichnendes Symptom für die Größe dieser Erbitterung, daß ihre unverblümte Kundgebung sich auch in Blättern findet, deren Spalten bisher fast ausnahmslos nur für Anerkennung der Regierungspolitik Raum übrig hatten. Aber damit ist dieses Symptom der Volksstimmung nicht erschöpft. Sondern sein bedeutungsvollster Teil besteht darin, daß in den genannten Zeitungen auch Stellen Aufnahme finden, in denen die Hauptschuld an den heutigen innerpolitischen Zuständen der Krone selbst zugewiesen wird.

Ueben wir denn wirklich abermals in eine Zeitepoche hinein, in welcher man den heftig klopfenden Pulsschlag der Massen nur erst dann wieder vernimmt, wenn die Wucht der Opposition überhaupt jedes weitere Regieren unmöglich macht, von Schlimmerem gar nicht zu reden? Daß wir eine dermaßen oppositionelle Gegnerschaft wider die Regierung binnen Jahresfrist, wenn die Reichstagswahlen herangerückt sind, zu konstatieren haben werden, steht außer Zweifel für jeden, der die Bahn, auf welche das erregte und erbitterte Volk seit einigen Monden zuerst zagend, dann immer festeren Schrittes getreten ist, bis zu Ende zu überschauen vermag. Ja es ist sogar die Gefahr nicht ganz außer Möglichkeit zu setzen, daß die nächsten Wahlschlachten hie und da in tumultuarische Kundgebungen nach oben ausarten. . . . .

. . . . Denn des Monarchen wiederholtes persönliches Eingreifen in den Gang der Regierungsmaschine ist es erst gewesen, das jene schwarzen Schatten heraufbeschworen. Schon bajumal, als nach den bekannten vor der Rheinreise gehaltenen Reden Wilhelms II. diesem nicht etwa von radikaler, sondern gemäßigt liberaler Seite der Rat erteilt worden, sich lieber nicht mehr ohne ministerielle Begleitung in die politische Arena hinabzubegeben, mit anderen Worten: sich erst von einem Minister bestätigen zu lassen, ob die allerhöchsten Regierungsäußerungen auch für die Oeffentlichkeit tauglich schienen, schon von da ab wären weitere Kundgebungen einer unreoidierten Auffassung des Trägers der Krone besser ganz und gar unterblieben. Man sieht ja, was dabei herausgekommen ist. Fast einmütige verbitterte Kritik der Mehrheit der Nation an den kaiserlichen Redebluten wie „Handlanger" und „vaterlandslose Gesellen. . . ."

Nachdem das nationalliberale Blatt alsdann von der Liebe der Deutschen zu ihrem Herrscherhaus und von dem Jubel, mit dem auch Wilhelm II seiner Zeit empfangen wurde, gesprochen, fährt es fort:

„So weit reicht aber selbst die vielgerühmte brandenburgische Treue auch nicht, daß sie in dem Monarchen einen über alle Schwäche erhabenen Menschen erblickt. Und das übrige Volk, welches nicht die höchst anzweifelbare Ehre hat, zu den Junkern zu zählen, wird ja schon seit einiger Zeit von allerhöchster Stelle ungewollt darauf gestoßen, daß auch das gekrönte Haupt menschliche Schwächen . . . . haben kann . . . . Und wenn von den Präsidenten im Reichs- und Landtag noch so oft erklärt wird, die Person des Monarchen möge nicht in die Diskussion hineingezogen werden, so kann diese altpreußische Tradition nur eben so lange Geltung beanspruchen, als der Monarch nicht selber durch seine Handlungen auf politischem Gebiete diese Diskussion herausfordert. Daß das deutsche Volk den Mund nicht verschlossen hält, auch wenn es sich um Willensäußerungen des Kaisers handelt, hat es bewiesen. Es wird aber noch weiter schreiten, wie Andeutungen in der Presse erkennen lassen, welche auf die nächsten Wahlen abzielen; es wird mit den ihm zustehenden gesetzlichen Mitteln, unter Anwendung derselben bis zur äußersten Grenze, unzweifelhaft zu erkennen geben, daß es dem sie volo, sic jubeo des Herrschers sein eigenes sic volo, sic jubeo voranstellen und wenn nötig entgegenstellen. Bei einer so kompliziert gewordenen Regierungsmaschine wie der heutigen, ist es ja nun einmal undenkbar, daß ein noch so geistig bedeutender Monarch alle Teile derselben so genau seinem Wissen einverleibt, um aus letzterem heraus den richtigen Griff nach dem richtigen Hebel machen zu können. . . .

Das deutsche Volk will und kann selbst seinem Kaiser nicht das Recht einräumen, bloß aus persönlicher Ueberzeugung heraus zu regieren, welche nicht zuvor von den allein in Regierungssachen kundigen und zuständigen Ministern begutachtet und revidiert worden ist. . . . Die Nation will nicht je nach der Art dieser Auffassung heute das „verbrennen, was sie gestern angebetet hat." Sie hat übergenug von den allzutraftvoll und temperamentreich gewordenen Willens- und Meinungs-Kundgebungen der Allerhöchsten Stelle und verlangt endlich einmal wieder eine wirklich konsequente mit den Volkswünschen und -Ideen im Einklang bleibende Staatsleitung eines in seinen Entschließungen nicht mehr von der verantwortlichen Stelle aus hin- und hergeschobenen Ministeriums. Nachdem die Dinge durch das über die Maßen starke und selbstbewußte Hervortreten des Monarchen zu einem so gefährlichen Stadium wie heute gelangt sind, ist es höchste Zeit, daß der letztere sich wieder mehr, wohl auch ganz, hinter seine Minister zurückzieht. Es vermöchte sonst kein deutscher Mann mehr dafür einzustehen, daß nicht die rühmliche traditionelle Liebe zum Herrscherhaus und seinen jetzigen Repräsentanten in dem gerechten Unwillen des Volkes untergeht. Und weil es höchste Zeit ist, geht der Wunsch von gerade am aufrichtigsten königstreuen Männern dahin, es möge die Allerhöchste Stelle durch einen schnellen und durchgreifenden Wandel der Dinge der Nation wieder die mit warmer patriotischer Sehnsucht erwartete Möglichkeit geben, jene Tradition von neuem in alter Stärke zu bethätigen."

Wie tief muß die Verstimmung in den bürgerlichen Kreisen Wurzel gefaßt haben, daß ein nationalliberales Blatt mit so scharfer Feder schreibt. Aber immer wieder müssen die Anhänger dieser Partei daran erinnert werden, daß gerade sie es waren und zum Teil noch sind, deren Wankelmut und Prinzipienuntreue es zu danken ist, daß die Verhältnisse den von ihnen selbst nun beklagten Lauf genommen haben.

Tagesgeschichte.

Vom Vereinsgesetz. Die konservative Presse fährt fort, unbekümmert um die mannigfaltigen Beteuerungen der Nationalliberalen, auf den Abfall einiger Stimmen dieser Partei bei der endgiltigen Abstimmung im Abgeordnetenhause zu rechnen. An diesen Auslassungen ist außer der Hoffnungsfreudigkeit, daß das Gesetz schließlich zu stande kommen werde, noch das Zugeständnis bemerkenswert, „gerade hierbei" sei eine „impojante Mehrheit nicht wünschenswert." Dann allerdings liegt vielleicht das allererstaunlichste Moment in dieser an erstaunlichen Momenten so überreichen Regierungsaktion darin, daß sich die Regierung mit einer „bescheidenen" zu erreichenden „knappen Majorität" begnügen will. Ein so wichtiges Gesetz, angenommen mit wenigen Stimmen Mehrheit, nur durchgedrückt durch die Hilfe der konservativen Landwirte und Junker, sowie einiger umgefallener Vertreter der Schlotbarone — wie soll es — im Gegensatz zur Stimmung von vier Fünfteln der gesammten Bevölkerung — bestehen!

Daß Herr v. d. Recke dies nicht sieht, daß er nur sein Gesetz durchbringen will, ohne Rücksicht auf das Wie, auf die moralischen Umstände — das allein beweist übergenug das tiefe politische Niveau der gegenwärtigen Regierung.

Die nationalliberale Seite fährt unterdes weiter fort, ihre Standhaftigkeit zu verkünden. Diese „Standhaftigkeit" hat schon eine merkwürdige Folge gehabt. Im Zentrum erwacht ein heimliches Lieben für die feindlichen Brüder. Wir meinen, solche Liebeserklärungen seien mindestens recht voreilig. Es müßte denn sein, daß man die überaus seltsame und zweideutige Politik welche augenblicklich die Nationalliberalen verfolgen, mitzumachen geneigt wäre.

Die Haltung der Nationalliberalen zur lex Recke wollen wir gar nicht unterschätzen. Aber man hüte sich ebenso, sie zu überschätzen! Man weiß doch, daß es eine Summe von besonderen Umständen und daß eine prinzipielle Ueberzeugung die Zurückweisung dieses Knebelgesetzes seitens der Nationalliberalen gezeitigt hat.

Man wird gut thun, vorläufig die Nationalliberalen nicht als eine Partei anzusehen, welche bereit sei, gegen die Verkümmerung der staatsbürgerlichen Rechte zu streiten. Dafür müßte dieselbe erst andere Proben ablegen als sie bisher gethan.

Die Dienstentlassung v. Tausch's fordert mit Entschiedenheit der konservative Reichsbote in einem Artikel, der ihm aus juristischen Kreisen zugegangen ist. In dem gerichtlichen Verfahren gegen v. Tausch sind Thatsachen erörtert und festgestellt worden, aus denen ohne weiteres die für das Disziplinarverfahren maßgebende Feststellung zu treffen ist, daß v. Tausch „die Pflichten verletzt hat, die ihm sein Amt auferlegt," und daß er, „sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt."

Die gerichtliche Freisprechung v. Tauschs war zugleich seine moralische Verurteilung als Staatsbürger und als Beamter, und zwar nach der letzten Richtung ohne mildernde Umstände, soweit sie nicht vielleicht in den Fehlern der polizeilichen Organisation und in dem eigenartigen Zuschnitt seines Amtes gesucht werden könnten. Ein Beamter, der sich solche Pflichtverletzungen zu schulden kommen läßt, wie es v. Tausch gethan hat, muß so schleunigst wie möglich aus dem Beamtenstande entfernt werden. Das fordert, mag man sonst die Eigenart polizistischen Amtsbetriebes noch so sehr würdigen, das Ansehen des Beamtenstandes und die Disziplin und die Moral in demselben, die notwendig eine Beeinträchtigung erleiden müssen, wenn solche Vergehungen ungeahndet bleiben.

v. Stumm und die Kirchenhirten. Die Antwort welche der evangelische Oberkirchenrat dem Herrn v. Stumm auf seine Beschwerde über die Geistlichen im Saargebiet und über das Konsistorium der Rheinprovinz erteilt hat, liegt jetzt im Wortlaut vor. Sie bildet einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Erkenntnis der Stellung der Kirche gegenüber dem Staate und seinen Beherrschern.

Der oberkirchenrätliche Bescheid trieft von Versöhnlichkeit und Milde nach beiden Seiten hin. Er giebt dem Neunkirchener Gebieter nicht recht und nicht den Geistlichen. Und doch bedeutet der Bescheid einen neuen Triumph Königs Stumm. Denn wenn er auch zugiebt, daß die Geistlichen „durch vielfache zum Teil verletzende Angriffe in begreifliche Erregung versetzt worden sind", so mißbilligt er doch andererseits durchaus das Verhalten der Saar-Geistlichen. Diese hätten selbst verletzenden Angriffen gegenüber eine würdige Zurückhaltung bewahren sollen, sie hätten die Preßfehde nicht auf das persönliche Gebiet übertragen und nicht in einer Broschüre, die zur Massenverbreitung bestimmt war und thatsächlich weit hinaus über das Saargebiet gedrungen sei, ausfechten sollen.

Also die Saar-Geistlichen sollen sich gegen Stumms ganz persönliche Angriffe nicht persönlich wehren dürfen. Sie sollen gegen die weit verbreiteten Ausstreuungen des „kleinen Schleifstein" in Saarbrücken und des „großen Schleifstein" in Berlin nicht haben in einer Broschüre antworten sollen. Sie sollten im Druck stillhalten. Sie sollen nichts sagen gegen die schlimmsten Verdächtigungen des Mannes, dem die unendlich schwächliche soziale Richtung und Bethätigung der Geistlichkeit als verpönter Radikalismus und Vorarbeit für die Sozialdemokratie gilt. Die Geistlichen sollen vor dem mächtigsten Manne Saarabiens nicht nur, sondern dem einflußreichsten vielleicht ganz Deutschlands in die Knie sinken und ja nimmer soll über den Zaun ihrer Zähne gehen, was sie im Herzen fühlen, was ihr Hirn denkt.

In der niederen Geistlichkeit regt sich's hie und da trutzig gegen die hohen Herren, die im Namen der Religion und des Christentums wider die Grundlehren der Religion und des Christentums handeln, die den Geistlichen als Zufriedenheitsprediger und Beschöniger ihrer Missethaten und Ausbeutungsgelüste mißbrauchen möchten.

Aber mächtiger als diese Regungen ist die Macht des Staates und der ihn beherrschenden Klassen. Und in deren Banne steht die höhere Klerisei, welche wiederum Macht hat über die niedere Geistlichkeit, welche nach Brot und Amt verlangt.

v. Stumm hat gesiegt. Die Geistlichen werden künftig „auch verletzenden Angriffen gegenüber eine würdige Zurückhaltung wahren"!

Soziales.

— **Blechkartell in Deutschland.** Die bedeutendsten deutschen Etablissements haben sich zu einem Verband deutscher Grobblech-Walzwerke vereinigt und vom 1. Juli ab den Verkauf sämtlicher auf ihren Werken hergestellten Bleche aus Schweißeisen und Flußeisen jeder Art der von ihnen neu errichteten Agentur deutscher Grobblech-Walzwerke zu Essen übertragen. Eine Zweigniederlassung ist in Berlin errichtet, und eine weitere wird demnächst in Saarbrücken gebildet werden.

— **Die Zentralisation der deutschen Wollmärkte** wird neuerdings von den deutschen Wollzüchtern wieder angeregt. Es soll das Stattfinden zahlreicher ganz bedeutungsloser Märkte den Käufern und Verkäufern unnütze Kosten verursachen und die Kräfte zersplittern. Daher wird der Vorschlag gemacht, die Märkte provinziell einzurichten, während früher nur eine Hauptstelle in Berlin empfohlen wurde.

— **Keine Gesellen oder Arbeiter einzustellen, die aus Streikorten kommen,** sollen die Mitglieder der Innungsverbände sich verpflichten, und zwar gemäß einem Antrage, welchen die Berliner Baugewerks Innung gestellt hat, und der auf die Tagesordnung des vom 12. bis 14 September in Leipzig stattfindenden Delegiertentages des Verbandes deutscher Baugewerksmeister gesetzt worden ist. Den Anstoß zur Stellung dieses Antrages hat zweifelsohne der Bescheid gegeben, welchen der Reichskanzler der Berliner Baugewerks Innung auf eine Anfrage erteilt hat.

— **Dividendenhöhe.** Dividenden von 15 Proz. erzielten Schalker Gruben, Bismarckhütte und Schulz Knaudt — 11 Proz. die Schlesischen Zinkhütten — 50 Proz. Steinkohlenbergwerk Arenberg — 28⅛ Proz. das Magdeburger Steinkohlenbergwerk — 17 Proz. das Brüxer Braunkohlenwerk 10⅛ Proz. die Riebecker Werke — 16 Proz. Brauerei Schultheiß-Berlin — 13 Prozent die Weißbierbrauerei Landre-Berlin — 26⅜ Proz. die Dortmunder Brauerei — 100 Proz. Gasglühlichtgesellschaft — 17 Proz. Stettin-Bredower Chamotte — 28 Proz. Höchster Farbwerke — 29 Proz. Gummifabrik Harburg — 16 Proz. Concordia (Textil) — 15 Proz. Braunschweiger Jute — 40 Proz. Hallesche Maschinenfabrik — 20 Proz. Berliner Paketfahrt 50 Proz. Trebertrocknung.

— **Die Gründung eines Genesungsheims für Handlungsgehilfen** plant der Leipziger Verband deutscher Handlungsgehilfen. Aus den Kreisen der Handlungsgehilfen wird hierzu geschrieben: In noch nie vernommenen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970715-19/fragment/page=0001

Klagetönen wird jetzt im Anschluß an diese Gründung die traurige Lage der Handelsangestellten geschildert. Dabei müssen wir uns aber erlauben anzufragen, ob es für die Gehilfen nicht viel ersprießlicher wäre, wenn der Verband mit den von ihm vertretenen 49 000 Mitgliedern energisch für eine Agitation zu gunsten des Achtuhr-Ladenschlusses sowie einer Verkürzung der Arbeitszeit eintreten würde? Bei solchen Aktionen ist der Leipziger Verband jedoch nie zu hören. Könnte er es doch dadurch auch mit seinen Gönnern, den Herren Chefs, verderben und wie sollte er denn das Geld zu einem Genesungsheim zusammen bekommen. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Berliner Kaufleute bereitwilligst das Geld beisteuern werden, wissen sie doch nur zu gut, daß der Leipziger Verband seine Hauptaufgabe darin sucht, ihnen billige, willfährige Arbeitskräfte zu liefern und bestrebt ist, seine Mitglieder von dem Gifte der Begehrlichkeit fern zu halten. Wir aber benutzen die Gelegenheit, um den Handlungsgehilfen zuzurufen: Schließt euch den Kollegen an, die keine Rücksichten auf die Geldspenden eurer Chefs zu nehmen haben, die eifrig für jede Verkürzung der Arbeitszeit, für den Achtuhr-Ladenschluß eintreten. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ist für den Handelsangestellten von größerer Bedeutung, als die Gründung eines Genesungsheims.

— **Briefträgergehalt.** So lange die Unterbeamten nicht einigermaßen menschlich bezahlt werden, werden Unterschlagungen die unausbleibliche Folge sein. In dem eine Stunde von Gießen gelegenen preußischen Dorfe Krofdorf steht seit etwa einem Jahre der 21jährige Sohn eines armen Schuhmachers als Hilfsbriefträger in Diensten der Postagentur. Zweimal täglich mußte er in Krofdorf und dem eine halbe Stunde davon — auf einem Berge — gelegenen Dorfe Gleiberg die Postsachen austragen. Für diese Arbeit, nach unserer Schätzung zweimal je 1/4 Tag, erhielt der arme Teufel sage und schreibe 30 Pf. täglich. Dieser Tage wurde der seither durchaus unbescholtene Mann plötzlich verhaftet, weil er sich der Unterschlagung schuldig gemacht haben soll. Man müßte sich geradezu wundern, wenn er das bei seiner erbärmlichen Bezahlung nicht gethan hätte. Aber haben wir denn nicht einen neuen Generalpostmeister, für den seine Freunde ein Programm suchen? Wie wäre es mit der Gehaltsaufbesserung der kleinen Beamten?

— **Ein lohnendes Geschäft.** Zum großen Teil infolge der niedrigen Arbeitslöhne brachte das für den Hektoliter angelegte Kapital der sächsischen Aktienbrauereien:

Aktienbrauerei-Gohlis und Bair. Brauhaus-Dresden	71—72	M.
Böhm. Brauhaus-Leipzig	62	„
Borna, Stadtbrauerei-Wurzen, Vereinsbrauerei-Leipzig, Feldschlößchen-Chemnitz	50—55	„
Plauenscher Lagerkeller- und Feldschlößchen Dresden	40—41	„
Cainsdorf, Plauen, Radeburger Export-Dresden, Großbeuchlitz, Glauchau, Pölbitz, Riebeck und Ko.-Leipzig, Löbau, Gambrinus-Dresden, Vereinsbrauerei-Zwickau	31—38	„
Hofbrauhaus-Dresden, Felsenkeller-Meißen, Schloß Chemnitz, Reisewitz, Vereinsbrauerei-Döbeln, Bautzen, Sozietät-Zittau, Waldschlößchen-Dresden	20—28	„
Felsenkeller-Dresden	19	„

— **Ein neues Zuckersyndikat** hat sich in Belgien konstituiert. Es beabsichtigt in der Türkei große Ländereien anzukaufen, um darauf den Zuckerrübenbau zu betreiben.

Sozialpolitische Rechtspflege.

— **Der kleine Finger.** Einem Gesellen Gehlen war der linke kleine Finger im Betrieb derart verletzt worden, daß das Glied fast gänzlich amputiert werden mußte. Die Nahrungsmittel-Industrie Berufsgenossenschaft lehnte es jedoch ab, dem Verletzten eine Rente zu gewähren, da es „dem Geiste der sozialpolitischen Gesetze nicht entspreche, für derartig kleine Verletzungen Entschädigung zu geben.“ Ein Arzt erklärte aber, daß die Hand des Verletzten an Kraft und Sicherheit eingebüßt habe. Das Schiedsgericht beschäftigte selbst die verletzte Hand und sprach dem Verletzten eine Rente von 7½ Proz. zu. Das Schiedsgericht war der Ansicht, daß in der Regel jede Beeinträchtigung der Unversehrtheit der bei der Arbeit vorzugsweise beteiligten Gliedmaßen, namentlich der Hände, die Arbeits- und somit die Erwerbsfähigkeit entsprechend mindere. Gegen diese Entscheidung legte die Berufsgenossenschaft Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein und machte geltend, unbedeutende Schädigungen der körperlichen Unversehrtheit vermögen die Erwerbsfähigkeit in meßbarem Grade nicht zu beschränken; der Verlust von einigen Fingergliedern könne die Gewährung einer Rente für teilweise Erwerbsunfähigkeit nicht rechtfertigen. Das Reichsversicherungsamt wies aber den Rekurs der Berufsgenossenschaft zurück. Der Vorsitzende, Geheimrat Greiff machte geltend, das Reichsversicherungsamt habe die Ueberzeugung gewonnen, daß der Kläger durch den Verlust des kleinen Fingers in nennenswertem Maße beeinträchtigt sei. In letzter Zeit hätten sich verschiedene Sachverständige, z. B. Sanitätsrat Dr. Becker aus Berlin in einer Abhandlung über den Verlust des kleinen Fingers geäußert und seien zur Ueberzeugung gelangt, daß der kleine Finger wichtiger sei als der Ring- und Mittelfinger; der kleine Finger komme an Bedeutung gleich hinter dem Daumen und Zeigefinger. Dem Verletzten habe sogar eine Rente von zehn Prozent gebührt, da er aber keinen Rekurs eingelegt habe, so sei lediglich der Rekurs der Berufsgenossenschaft als unbegründet zu verwerfen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Ueber das Versammlungs-„recht“ machen jetzt sogar die Nationalsozialen böse Erfahrungen. Der Bürgermeister in Schönstedt (Marburg) verweigerte die Genehmigung zu einer Versammlung: „Wir leben hier so friedlich, wir wollen keine politische Versammlung.“ Ein zweiter Fall trug sich in Sterphausen zu, wo der Bürgermeister dem Gastwirt Pfeiffer die Versammlung nicht gestattete, nach anderer Lesart ihm nur „gut zuredete.“ Die Nationalsozialen sind ganz verzweifelt; sie mögen doch auf ihr Recht bestehen.

§ Das Urteil des Landgerichts Dortmund, durch welches Genosse Dr. Lützenau wegen angeblicher Majestätsbeleidigung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen worden.

Parteinachrichten.

— Sämtliche Arbeitervereine, die sozialistischen Wahlvereine und die Konsumvereine in den Provinzen Bologna und Ferrara in Italien wurden aufgelöst. Sehr viele Verhaftungen wurden vorgenommen, im ganze Denore allein 80. Die Erregung ist groß. Man befürchtet die Ausdehnung des Agrarstreiks auf die Provinzen Padua und Rovigo.

Zur Arbeiterbewegung.

Von den Maurern in Leipzig arbeiten bereits 1000 wieder zu den bewilligten Forderungen, 1400 haben die Stadt verlassen, 700 sind noch im Ausstande.

Die Former der Firma Brandes u. Ko. in Wolfenbüttel haben sämtlich wegen mangelhafter Einrichtungen die Arbeit niedergelegt.

Die Lohndifferenzen im städtischen Gas- und Wasserwerk in Mannheim sind beigelegt. Die Arbeiter haben die Kündigung bedingungslos zurückgezogen.

Gegen die selbständige Regelung und Unterstützung der Streiks durch die Gewerkschaftskartelle wendet sich die Generalkommission in der soeben eingetroffenen Nummer des Korrespondenzblattes und schlägt schließlich eine Regelung nach folgenden Leitsätzen vor: 1. Die Kartellkommission ist verpflichtet, dem Zentralvorstand der Organisation, die am Orte in einen Streik eintreten will oder sich im Streik befindet, auf Erfordern einen Bericht über die Verhältnisse, welche für den Ausgang des Streiks von Bedeutung sind, zu geben. 2. Materielle Unterstützung für Streiks wird seitens des Kartells nur dann gewährt, wenn der Zentralvorstand der im Streik befindlichen Organisation seine Zustimmung zu dem Streik erteilt hat. Bei den zum Kartell gehörenden Lokalorganisationen (zum Beitritt berechtigt sind nur solche, für deren Beruf eine Zentralorganisation nicht besteht) ist die Kartellkommission vor dem Entscheid über den Ausbruch des Streiks zu befragen, und nur bei deren Zustimmung hält sich das Kartell zur Unterstützung verpflichtet. 3. Die Mittel zur Unterstützung werden durch freiwillige Beiträge der Mitglieder aufgebracht. Darlehen, welche die Mitglieder zu längerer Beitragsleistung verpflichten, dürfen zur Unterstützung von Streiks nicht aufgenommen werden. 4. Auswärtige Streiks werden von dem Kartell nur dann unterstützt, wenn ein Gesuch um Unterstützung von dem Zentralvorstand der im Streik befindlichen Organisation gestellt und von demselben ausdrücklich erklärt ist, daß die Verbandskasse die Streikunterstützung nicht zu decken vermag. Ueber die Unterstützung auswärtiger Streiks ist in jedem Einzelfall ein Beschluß des Kartells herbeizuführen. 5. Sollen Sammellisten zur Unterstützung auswärtiger Streiks zirkulieren, so sind die vom Zentralvorstand der im Streik befindlichen Organisation herausgegebenen zu benutzen und mit dem Stempel des Kartells zu versehen, ehe sie in Umlauf gesetzt werden. 6. Die für auswärtige Streiks gesammelten Gelder sind ausschließlich nur an den Zentralvorstand der im Streik befindlichen Organisation zu senden. 7. Ueber die Beendigung der Unterstützung von Streiks entscheidet das Kartell erst nach vorhergehender Verständigung mit dem Zentralvorstand der im Streik befindlichen Organisation.

Der Glasarbeiterstreik in Achern in Baden hat für die Arbeiter einen unglücklichen Verlauf genommen, da sich leider edle Seelen fanden, die an die Plätze der Ausständigen traten. Die meiste Schuld an dem ergebnislosen Verlauf ist aber jenen Arbeitern zuzuschreiben, die in den Ausstand mitentraten, nach ein- oder zweitägigem Streik aber wieder an ihre Plätze eilten.

Der Streik der Bauhandwerker und Hilfsarbeiter in Glückstadt ist beendet. Sämtliche Forderungen der Arbeiter sind bewilligt.

Aus dem Auslande.

Schweiz. Die Buchdrucker-Prinzipale hatten sich Ende Mai unterschriftlich zur Einführung des Neunstundentages, Gewißgeld-Minimum 32 Fr., Erhöhung im Berechnen um 5 Proz. verpflichtet. Das Versprechen wurde nicht gehalten, die Prinzipale versuchten einen anderen Tarif aufzuoktroyieren. Die Arbeitseinstellung der Gehilfen, die hierauf erfolgte, ist von dem Zentralkomitee des Typographenbundes und vom internationalen Sekretariat genehmigt worden. Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker giebt hierzu folgendes bekannt: Da es sich sonach in der Schweiz um eine Tarifbewegung handelt, so sind die Arbeitsnachweise angewiesen, Arbeitskräfte nach dort nicht zu vermitteln, so lange nicht die Beendigung des Konflikts von uns gemeldet wird.

England. Die Achtstundenbewegung der Maschinenbauer führte in London am vergangenen Sonnabend zu den ersten Aussperrungen. Bei einer größeren Firma war die Kündigungsfrist abgelaufen und die Werkmeister waren beauftragt, die 25 Proz. von Gewerkschaftsmitgliedern auszusuchen, die zur Entlassung kommen sollten. Die Bemühungen waren unnötig, denn die anderen 75 Proz. verließen mit den anderen zusammen die Arbeit. Zwei Londoner Firmen haben am Sonnabend den Achtstundentag bewilligt.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 14. Juli 1897.

* **Strafverfolgung abgelehnt.** Im vergangenen Winter waren einem Parteigenossen bei der Flugblatt-Verteilung in Löbejün vom dortigen Polizeisergeanten Schinke die Flugblätter konfisziert worden. Auf eine beim Bürgermeister darüber erhobene Beschwerde verfügte dieser die Herausgabe der Flugblätter und belehrte Herrn Schinke, daß sein Vorgehen mit dem Gesetze nicht im Einklang stehe. In einem später in Löbejün gehaltenen Vortrage kam Genosse Thiele auf den Fall zu sprechen, indem er hervorhob, daß an den Nichtbeamten die Uebertretung einer der unzähligen Verfügungen, Verordnungen, Regulativs u. s. w. in der Regel durch ein Strafmandat geahndet wird, während Herr Schinke als Beamter für seine dem Gesetze nach nicht zulässige Handlungsweise lediglich rektifiziert, auch gewiesen worden sei. Herr Schinke, der die Versammlung überwachte, fühlte sich durch diese Hereinziehung seiner Person beleidigt, und die Staatsanwaltschaft zu Halle strengte gegen Thiele ein Strafverfahren wegen Beamtenbeleidigung an. Jetzt ist dem Beschuldigten ein Beschluß der Strafkammer IV. des Landgerichts Halle zugegangen, daß von derselben die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt worden ist. Thatsächlich sei Schinke vom Bürgermeister belehrt worden, daß er bei Wegnahme der Flugblätter „unzweckmäßig, nämlich zu schnell gehandelt habe.“ Dieser Vorhalt begreife in sich, daß Schinke nicht im Sinne des Gesetzes gehandelt habe. Ob nun dieser Vorhalt seitens des Bürgermeisters als Belehrung oder vom Angeschuldigten als Zurechweisung aufgefaßt ist, sei ohne Bedeutung, da beiden Begriffen eine eigentlich technische Bedeutung, wie sie etwa das Wort „Verweis“ hat, nicht zukomme. Es handele sich nur darum, ob thatsächlich die Handlungsweise des Bürgermeisters als Zurechtweisung Schinkes charakterisiert werden könne, das aber sei der Fall. Da nun die vom Angeschuldigten behauptete Thatsache auf Wahrheit beruhe und das Vorhandensein einer Beleidigung weder aus der Form der Behauptung noch aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgehe, so sei der Angeschuldigte eines Vergehens gegen § 185 nicht hinreichend verdächtig.

* **Maßregelung.** Am Sonnabend wurden auf dem Albrechtschen Bau drei Maurer ohne rechtlichen Grund entlassen. Dem einen derselben wurde höhnisch vorgehalten, er sei ja wohl für Einführung des Achtstundentages? Morgen, Donnerstag, findet abends 8½ Uhr in der Moritzburg eine Generalversammlung der Maurer in Halle und Umgebung zur Besprechung des Falles und zur Stellungnahme statt. (S. Inserat.)

* **Zum Formerstreik bei Jakobi.** In der Jakobischen Eisengießerei ist es Sitte, daß die acht (!) Lehrlinge öfters Herdguß (Ankerplatten) formen müssen; da sie die Fabrik aber früher verlassen, pflegen die Former den Abguß für sie zu vollenden. Am Sonnabend weigerten sich nun sämtliche acht Former, diese Mehrarbeit zu verrichten. Der Werkmeister holte Herrn Jakobi. „Was, Ihr wollt das nicht gießen! Hinaus, hinaus mit Euch Schustern, ich kann Euch nicht mehr brauchen!“ weiterte dieser. Sämtliche suchten ihr Werkzeug zusammen und gingen. Am Montag früh leerten sie ihren Guß aus, bekamen ihre Papiere und waren entlassen. Herr Jakobi hatte sich die Sache also nicht anders überlegt. Was blieb da anderes zu thun übrig, als über die Gießerei die Sperre zu verhängen. Am Diens-

---

Heilene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

79] (Nachdruck verboten.)

„Dann kommen Besuche — man giebt Audienzen“, spöttelte ein junger Berliner und eifriger Parteigenosse, der vorübergehend in Zurich weilte. „Genosse Ebner hat Ihnen wohl viel zu erzählen — wie? hat wohl Direktiven mitgebracht?“

„Konrad Ebner ist hier?“ fragte Helene und sah von der Arbeit auf.

Der Postmeister war zornig in die Höhe gefahren.

„Dies Zurich ist doch ein sonderbares Nest! Wenn da einer nur in andere Bude hineingucft — ehe er sich niedergesetzt hat, weiß es die ganze Stadt —

„Was kümmert Sie Genosse Ebner? Oder belieben Sie im Solde des Herrn v. Madai zu stehen?“

Der junge Mann, dessen Verläßlichkeit außer Zweifel stand, lachte.

„Wenn Sie mich so anzurempeln belieben, dann sollte ich wohl beleidigt thun und mich drücken? — fällt mir aber nicht ein — ich freue mich zu sehr, daß Ebner da ist. — — Ich sage Ihnen, meine Damen, das ist „Euer“, und wenn er auch nicht an unsere Päpste heranreicht, St. Augustus und St. Wilhelmus, so hat er doch auch den Teufel im Leibe.

„Hat soeben eine Agitationsreise durch ganz Deutschland gemacht, trotz der Sozialistenhatz — besitzt einen Einfluß auf die Arbeiter — ungeheuer! Versteht es, ihren gesunkenen Mut wieder zu heben — das thut jetzt vor allem not — und dabei läßt er sich nicht erwischen — das ist die Hauptsache. — Aber wir müssen trachten, ihn wieder nach Berlin zu kriegen — wir werden ihn in den Reichstag wählen, die richtige Schnute hat er, reden kann er —“

„Nicht so wie Sie“, unterbrach der rote Postmeister, bissig lächelnd, „Sie müßten wir eigentlich drin haben — da käme kein anderer zum Wort.“

„Passen Sie 'mal auf, das kommt noch. . . . Aber jetzt erzählen Sie doch schnell, lieber Onkel, weshalb Ebner hierher kam.“

„Er wird einen Vortrag halten —“

„Im Café Kehler, das weiß ich schon.“

„Das wissen Sie auch schon! — Dann lassen Sie mich ungeschoren.“

„Aber weiter —“

„Da giebt's kein weiter, die Geschichte ist aus. Empfehle mich allerseits.“ Und sich flott auf die Seite legend, segelte er aus der Stube hinaus.

„Ihr Mann ist heute recht boshaft, liebe Tante“, bemerkte Rina in ihrer trockenen Weise.

Die schöne Blondine seufzte mit einer Duldermiene. „Wem sagen Sie das? Als ob ich die erste wäre, die das verspürte. Heute ist Konzert in der Tonhalle . . . . aber er thut nichts dergleichen, und ich habe mich schon so gefreut.“

„Er wird schon gehen“, tröstete Rina, die Tantes Vorliebe für die Tonhalle kannte.

„Der, der! Da kennen Sie ihn schlecht — ich habe alle Hoffnung schon aufgegeben.“

„Vielleicht doch nicht so ganz“, bemerkte der junge Berliner schelmisch, „da Sie Ihre reizenden Stirnlöckchen noch immer in Papilloten tragen.“

Sie machte einen Ruck mit dem Oberkörper von ihm hinweg.

„Ach — gar — faßt mich — Eure Witze, das paßt mir grade.“ Alle lachten.

„Na, nicht böse sein, Tantchen“, schmeichelte er und machte ein kleines Mündchen.

„Ihre Tante zu sein, das wäre so mein Plaisier, wie sie wieder aussehen.“

„Ich habe auch niemanden der mich so schön machte — nicht reizen, Tantchen, meine Kravatte hängt an dem letzten Faden.“

„Drum will ich sie haben, geben Sie sie her, ich werde Sie Ihnen ausbessern.“

„Sie sind ein Engel! Deshalb müssen Sie auch mit dem Onkel recht viel Nachsicht haben, Tantchen“, er sagte es s. herzlich, als ob er für sich selbst etwas erbitten würde. — „Es geht dem Manne zu viel im Kopf herum“

Sie nickte. „Natürlich, ich sage es ja immer, er macht sich krank.“

„Lassen Sie nur erst den Kongreß vorüber sein, dann wird es schon besser.“

„Was meinen Sie?“

„Nun, ich meine den geheimen Parteikongreß.“

„Na, der wird lange geheim sein, wenn Sie d'rum wissen.“

„Daß ein Kongreß abgehalten wird, weiß jeder, es hat ja im Sozialdemokrat gestanden, aber keiner weiß wo.“

„Ja, das ist meines Mannes Geheimnis“, sagte die Tante stolz, „und er weiß es zu wahren.“

„Das soll er auch“, verletzte der junge Mann ernst, dann wieder in seinen leichten scherzhaften Ton zurückverfallend. „Wenn ich nur erfahren könnte, ob Ebner des Kongresses wegen hierher kam, Sie sollten das wissen, Tantchen.“

„Was frage ich danach; ich habe ihn gefragt, ob er nicht heute in die Tonhalle omnen würde, dann ginge mein Mann auch.“

„Und was hat er ge agt?“

„Kaum, hat er gesagt, und gelacht hat er dazu. Aber wer weiß, wenn Sie ihm ein wenig zureden wollten, vielleicht ginge er doch. Bitte, thun Sie's, er kommt hierher, er hat mir's versprochen, er wird gleich da sein.“

„Ich bin fertig“, sagte Helene, schob ihr letztes Kouvert von sich und langte nach ihrem Hute: „Ich muß fort.“

Sie hatte sich wiederholt danach gesehnt, Konrad wiederzusehen und sich mit ihm auszusprechen. Es deuchte ihr, als sei sie ihm in Vielem näher gekommen, als hätte sie ihm viel zu sagen und mehr noch von ihm zu hören, und nun hatte der Gedanke, ihm jetzt, ihm hier zu begegnen, etwas Verwirrendes für sie, das fast dem Schrecken glich.

Sie wollte ihm eine Zeile schreiben und ihn bitten, sie zu besuchen; gewiß, das war besser, als dem Manne, der ihr jetzt in so ernster Bedeutung erschien, zu ungelegener Stunde in den Weg zu treten.

Sie belächelte selbst ihre Eilfertigkeit, die einer Flucht glich, aber schon hatte sie ihren Hut aufgesetzt, grüßte und ging hinaus . . .

„Nun, ist sie wirklich drüben?“ fragte Ebner, der im Bureau vor einem der großen Schreibtische saß und eine Broschüre durchblätterte, den rückkehrenden Onkel, indem er gespannt zu ihm aufblickte.

„Natürlich, ich sage es Dir ja. Ich hatte Frau Röder bemerkt, als sie ins Haus trat; jetzt schreibt sie mit den anderen Adressen.“

„Steht sie in Verbindung mit der Partei?“ fragte Konrad weiter, und sah dabei sehr interessiert aus.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189707 15-19/fragment/page=0002

tag war Herr Jakobi mit dem Vater eines der Hinausgewiesenen beim Bevollmächtigten und stellte die Sache von seinem „Standpunkte" aus als Arbeitsverweigerung dar. Als aber die Ausgesperrten hinzukamen und einer von ihnen den Sachverhalt darlegte, nahm Herr Jakobi seinen Hut und ging mit den Worten: „Macht, was Ihr wollt, ich bekomme auch noch Former!" Nun, das wollen wir sehen. Vorher hatte er gemeint, jeder Richter höre beide Parteien an, und nun, wo eine Aussprache erfolgen sollte, rückte er aus. Diese Paschawirtschaft dürfen sich die Former von Halle nicht gefallen lassen. Am Donnerstag abends 8½ Uhr findet eine öffentliche Formerversammlung bei Hinze, gr. Ulrichstraße 50, statt, zu der die Former Mann für Mann erscheinen mögen.

* **Beim Uebersteigen** eines mit Nägeln versehenen Lattenzaunes verletzte sich der 7jährige Sohn des Malers Benke, Moritzkirchhof 5, den Zeigefinger der rechten Hand und mußte eine Viertelstunde ausharren, bis man die Hand von dem krummen Nagel wieder befreien konnte.

* **Der Dreherlehrling** Willy Rosenthal geriet mit der Hand in das Getriebe der Drehbank und erlitt schwere Verletzung.

* **Aus Liebesgram** stürzte sich das 22jährige Dienstmädchen Anna Dornis vom „Goldenen Ring" in der Nähe der Hafenbahnbrücke in die Saale. Sie wurde vom Schwimmmeister Bröse gerettet.

* **Der 17jährige Kutscher** Bernhard Georgi erlitt im Stalle durch ein Pferd einen Schlüsselbeinbruch.

* **Im Bericht der halleschen Handelskammer für 1896** wird festgestellt, daß das neue Zuckersteuergesetz Fiasko gemacht hat. Nach dem Bericht ist der Preisrückgang des Zuckers durch ungünstige Bestimmungen des neuen Zuckersteuergesetzes, die stark zunehmende Weltproduktion und die Erschwerung des Terminhandels durch das Börsengesetz vom 22. Juni 1896 bedingt worden. Ein Hauptgrund für den Fall der Zuckerpreise und die dadurch bewirkte große Schädigung der Zuckerindustrie wird allseitig in dem neuen Zuckersteuergesetze und der Art und Weise der Kontingentierung gefunden. Es wird z. B. ausgeführt, daß durch die Art und Weise der gesetzlichen Kontingentierung eine bedeutende Ueberproduktion in der Rohzuckerproduktion mit Notwendigkeit, wie es vorausgesagt sei, herbeigeführt werde. Das Kontingentierungssystem hat das Gegenteil von dem hervorgerufen, was es bewirken sollte. Es wird ferner bemerkt, daß das betreffende Gesetz auch die Zuckerindustrie durch die Monate hindurch dauernde Beunruhigung vor dem Inkrafttreten desselben, und die sofortige Erhebung der erhöhten Konsumsteuer benachteiligt habe. Dazu sei eine Schädigung durch die ungleiche Behandlung der Rohzuckerraffinerien gegenüber den Melasseentzuckerungsanstalten hervorgerufen worden. Die Raffinationsindustrie sei hierdurch so empfindlich benachteiligt worden, daß eine Anzahl von Raffinerien den Betrieb einstellen mußte und die übrigen nur mit großen Verlusten arbeiten konnten. Hierdurch sei die Rohzuckerindustrie ganz erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Von einzelnen Fabriken wird die Ansicht vorgetragen, daß eine Gesundung dieser Verhältnisse nur dann erreicht werden könnte, wenn in allen beteiligten Ländern das gesamte Prämiierungssystem zu Falle gebracht werde. — Daß sich diese gesunde Ansicht endlich auch in den interessierten Kreisen mehr Bahn bricht, ist freudig zu begrüßen.

Aus Weißenfels teilt uns der Vorstand der Eisenbahn-Betriebs-Inspektion unter Bezugnahme auf eine Notiz in Nr. 134 des Volksblattes vom 12. Juni aus Ammendorf mit, es sei nicht andem, daß die Streckenarbeiter der Bahnmeisterei Ammendorf bisher nur 1.80 bis 2.— M. Tagelohn erhalten haben und daß nur diejenigen mit einer Lohnzulage von 20 Pf. täglich bedacht worden seien, welche im Bureau vorstellig geworden sind. Die Zuschrift fährt dann fort:

„Der Mindestlohnsatz der Streckenarbeiter in Ammendorf war bisher 2.20 M. und nicht 1.80 bis 2.— M. Die Lohnerhöhung der Arbeiter ist ohne deren Zuthun und ohne daß dieselben vorstellig geworden wären lediglich von Amtswegen streng nach dem Dienstalter der Arbeiter erfolgt. Daß fünf bis sechs von den 30 der Bahnmeisterei Ammendorf angehörigen Streckenarbeitern noch keine Zulage erhalten haben, hat seinen Grund darin, daß dieselben erst seit zwei bis drei Monaten in diesseitigen Diensten und folgedessen zur Lohnerhöhung noch nicht herangerückt sind.

An — J. V.:
die Redaktion des Volksblattes — Pusch.
Halle a. S.
Geiststr. 21 1. Hof, part. rechts.

Die Betriebs-Inspektion stellt also in Abrede, daß das Vorstelligwerden der Arbeiter die Veranlassung zur eingetretenen Lohnerhöhung gewesen ist. Sie brauchte sich unserer Meinung nach durchaus nicht zu schämen, wenn es so wäre. Tagelöhne von 2.20 und 2.40 M. sind überdies genau so ungenügend, wie solche von 1.80 bis 2.— M., auch wenn die Festsetzung „von Amtswegen streng nach dem Dienstalter der Arbeiter erfolgt ist."

Zeitz. Eine Versammlung von Zieglern und Töpfern beschäftigte sich am Sonntag nachmittag in Meinecks Restaurant mit Errichtung einer Zahlstelle des Verbandes der Töpfer und verwandter Berufsgenossen. Genosse H. Blorin, der selbst Töpfer ist, referierte über die Lage der Arbeiter dieser Branche. Die Erschienenen waren mit der Gründung einverstanden und sollen in einer am Sonntag den 25. Juli stattfindenden Versammlung die weiteren Schritte beraten resp. die definitive Gründung vorgenommen werden. Schon heute machen wir alle im genannten Berufe beschäftigten Personen aufmerksam, es ist auch hier an der Zeit, daß die Vorgenannten sich vereinigen, um auch in ihrem Berufe sich bessere Lebensbedingungen zu erringen.

Roßlau. Väterliche Fürsorge der Polizei. Daß man verlangt, daß Fuhrwerke und Reiträder den Namen des Besitzers an sich führen müssen, scheint in der Ordnung. Daß aber die Kinderwagen ebenfalls eine Polizeinummer (wie in Naumburg) haben müssen, dürfte weniger einleuchten. Kinderwagen sollen nicht auf dem Trottoir fahren; gut! Aber soll ein schwaches Kindermädchen oder die Mutter sich mit dem kleinen Gefährt in das Gewühl der Straßenfuhrwerke stürzen? Und wenn kleine zarte Kinder das Gerumpel auf dem Straßenpflaster nicht vertragen können? In letzterem Falle lassen sich Roßlauer Mütter ein ärztliches Zeugnis ausstellen. Das läßt auch die gestrenge Polizei gnädig zu. Nun will es aber der Zufall, daß bei einem so bevorzugten Baby das zweijährige Brüderchen mit in der Kinderkutsche fährt. Der Herr Bürgermeister Dr. jur. Zimmer-Wallis hat einfach entschieden: Der zweijährige Hans muß sofort heraus. So geschah es auch!

Kleine Provinzial-Chronik. In Köthen entgleiste auf dem Magdeburg-Leipziger Bahnhof ein Güterzug. Vom Personal ist niemand verletzt. — Mehrere Brände entstanden am Sonnabend in Krimmitschau. Das dreistöckige große Gebäude der Buckskinfabrik von Otto Selbmann brannte vollständig nieder. — In Kröllwitz brach der zehnjährige Sohn des Maurers Franz Heinike bei einem Fall vom Stallboden den rechten Unterarm. — Ein Kirschenpflücker bei Freyburg erstach am Montag seinen Kollegen Ungenannt infolge eines Streites. Dieser ist bereits seinen Wunden erlegen. — In Harzgerode wird der Waldarbeiter Karl Vollrath vermißt. — Durch einen zu früh abgehenden Schuß wurde im Ernstschachte bei Helbra der Häuer Wilczek im Gesicht verletzt. — In Heldrungen ist der Zuckerwarenhändler Probst wegen Verdachts eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden. — Bei Jena ist die obere Saale so flach, daß man sie an manchen Stellen mit Hilfe der hervorsehenden Steine überschreiten kann. — In der Merseburger Eisengießerei verunglückte der Gießermeister und ein Former. Ersterer wurde durch eine Kurbel schwer in der Seite verletzt, letzterer verlor einen Finger. — Am Sonntag wurde der zwölfjährige Sohn des Handarbeiters Achtelberger in Mühlberg a. E. von einem Frachtwagen durch eigene Schuld totgefahren. Er war trotz des Verbotes des Fuhrmanns auf den Wagen geklettert. Zwei in der Wehnerschen Dampfziegelei beschäftigten polnischen Arbeiterinnen verschwanden ihre Ersparnisse im Betrage von 108 M.; das Geld fand sich dann in einem frischgestrichenen abseits gelegten Dachziegel. — In Mühro erstach der aus einem Tanzlokal gewiesene Dienstknecht Wilhelm Lenz den Oekonomensohn Ernst Rückert. — Die Teilstrecke Nordhausen Ilfeld der Harzquerbahn Nordhausen — Wernigerode wurde Sonntag dem Verkehr übergeben. — In Oelza bei Arnstadt stürzte am Sonntag beim Vogelschießen ein junges Mädchen, vom Herzschlag getroffen, von der Schiffsschaukel. Ein junger Mann, Augenzeuge des Vorgangs, verließ erschreckt den Platz und wird seitdem vermißt. — (Vom Henkerbeil.) Am Montag wurde in Stendal der Landwirt Gustav Ebeling aus Triebstedt enthauptet. — Der 2½ Jahre alte Sohn des Grubenarbeiters Joseph Böhme in Oelsen-Zeitz wird seit über acht Tagen vermißt. — In Zerbst versuchte sich ein fremder Böttchergeselle zu erschießen.

Sitzung des Gewerkschaftskartells

am 9. Juli 1897.

1. Die **Abrechnung** über das erste Halbjahr ergab bei 460.41 M. Einnahme und 149.45 M. Ausgabe einen Kassenbestand von 310.96 M. und 72 M. noch ausstehende Beiträge. Die Entlastung des Kassierers sowie der Revisoren wurde einstimmig ausgesprochen.

2. Ueber die Abhaltung eines allgemeinen **Gewerkschaftsfestes** entspann sich eine anregende und lebhafte Debatte. Wie in anderen Städten solche Feste sich als wichtiges Förderungsmittel für die Hebung des Gewerkschaftswesens bewährt haben, so erwartet man das auch für hier. Natürlich könne der Zweck nur erreicht werden, wenn sich alle Gewerkschaften daran beteiligen. Es wurden auch Stimmen laut gegen die Abhaltung eines allgemeinen Gewerkschaftsfestes, das etwa Mitte August abzuhalten sein würde, doch fand der Antrag auf Abhaltung schließlich Annahme. Eine aus zehn Mitgliedern bestehende Kommission soll der Augustsitzung Vorschläge über Ort, Zeit und Weise der Abhaltung des Festes unterbreiten.

3. Betreffs Vorbereitung der **Gewerbegerichtswahlen** soll jede Gewerkschaft bis Mitte August in öffentlichen Versammlungen geeignete Kandidaten aus ihren Reihen aufstellen. Wenn auch aus durchschlagenden Gründen nicht verlangt werden kann, daß jede Gewerkschaft in den Reihen der Beisitzer vertreten sein muß — schon aus der größeren Menge der Gewerkschaften gegenüber der Zahl der zu wählenden Beisitzer ergiebt sich die Unmöglichkeit — so soll doch darauf Bedacht genommen werden, daß möglichst alle Gewerkschaften, mindestens aber jeder Berufskreis vertreten ist. Strengste Voraussetzung bei Aufstellung der Kandidatenliste muß sein, daß die Vorgeschlagenen sich schon als willensfeste und überlegende Männer bewährt haben. Jede Gewerkschaft hat also die ihr geeignet scheinenden Personen vorzuschlagen. Das Kartell stellt daraus eine Liste zusammen, die dann von einer Parteiversammlung begutachtet und befürwortet wird. — Auch aus den Reihen der Arbeitgeber sollen diesmal Beisitzer in genügender Anzahl vorgeschlagen werden.

4. Die Wahl der Beisitzer für das **Reichsversicherungsamt** erfolgt durch die Krankenkassenvorstände. Wo die Wahl nicht schon vorüber ist, sollen die Mitgliedschaften darauf achten, daß geeignete Personen nach Berlin geschickt werden. Den Metallarbeiterbranchen wird anheimgegeben zu untersuchen, ob die Wahl ihrer Vertreter in rechtsgiltiger Weise vorgenommen worden ist.

5. Ueber das **Verhalten der Organisierten zu den Unorganisierten** referiert Genosse Karl Reiwand. Die sehr anregende Debatte bewies, für wie wichtig das angezogene Thema von allen Organisierten gehalten wird. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die Heranziehung der Unorganisierten zur Organisation muß fortgesetzt die Aufgabe jedes organisierten Genossen sein. Die Heranziehung wird am besten erreicht dadurch, daß jeder Organisierte mit Unorganisierten in persönliche Fühlung zu treten und sie zu belehren sucht. Alle die Arbeiter, welche nicht gewerkschaftlich oder politisch organisiert sind, aber einem Vergnügungsvereine angehören, sind fortgesetzt und nachdrücklich daran zu erinnern, daß weder durch Gesangvereine noch durch Klubs verschiedener Art noch durch andere von Arbeitern gebildete, aber nicht der Arbeitersache direkt dienende Vereine die Arbeitersache gefördert wird, wenn die Mitglieder dieser Vereine sich nicht auch gewerkschaftlich organisieren.

Grundsatz bei der gewerkschaftlichen Agitation muß sein, daß alle Gewerkschaften eine einige große Gemeinschaft bilden und ein Ziel zu erstreben haben. Je mehr die Arbeiter zum Bewußtsein gelangen, daß in ihrem schwachen gewerkschaftlichen Zusammenhalt die Macht des Unternehmertums beruht, desto mehr werden sie die Notwendigkeit, sich zu organisieren, erkennen.

Uneinigkeit der Organisierten unter sich ist von den Unorganisierten durchaus fernzuhalten. Denjenigen Indifferenten gegenüber, die aus Egoismus oder Strebertum der Organisation trotz aller Belehrungen fernbleiben, ist der Abbruch der persönlichen Beziehungen zu empfehlen.

In jeder öffentlichen Branchenversammlung ist durch Verbreitung von Anmeldezetteln die Werbung unter den Nichtorganisierten zu betreiben.

6. Die Kommission für Durchsicht der **Krankenkassenstatuten** erstattet Bericht über ihre bisherige Thätigkeit. Gen. Gramann wird einstimmig damit betraut, in der Septembersitzung ein abschließendes Bild über die angestellten Ermittelungen zu geben.

Zur Sprache gebracht werden die Mißstände in der Kunstanstalt von Wischon u. Weitengel.

Genosse Mittag erklärt, er habe nicht gesagt, daß die Lokalorganisierten im Kartell nicht zu ihrem Rechte kämen.

Schluß der Sitzung 12¼ Uhr.

Präsenzliste:

Bäcker	1	Kupferschmiede	2
Barbiere u. Friseure	—	Lederarbeiter	1
Bau- u. Erdarbeiter	1	Metallarbeiter	—
Buchdrucker	2	Maschinisten u. Heizer	—
Buchbinder	1	Maurer	3
Bildhauer	2	Müller	3
Böttcher	—	Maler	1
Brauer	2	Schlosser u. Dreher	1
Dachdecker	—	Steinarbeiter	1
Former	2	Schuhmacher	2
Feilenhauer	2	Schneider	2
Fabrikarbeiter	1	Stukkateure	1
Glaser	2	Schmiede	1
Graph. Arbeiter	2	Steinsetzer	—
Hausdiener	2	Tabakarbeiter	1
Holzarbeiter	2	Tapezierer	1
Kesselschmiede	2	Töpfer	1
Klempner	1	Textilarbeiter	2
Kürschner	1	Zimmerleute	2

Versammlungsbericht.

† **Allgemeiner Arbeiter-Verein.** Die am Sonntag, den 11. Juli, stattgefundene Versammlung des Vereins war gut besucht. Zunächst wurde über das Anfangs August stattfindende Stiftungsfest debattiert, welches aus Konzert und Gesangs-Vorträgen mit darauf folgendem Ball bestehen soll. Auch soll dasselbe mit einem Kinderfest verbunden werden, nebst einer Verlosung von verschiedenen Gegenständen. Auch wurde ein Besuch der Ausstellung in Leipzig in Aussicht genommen. Der auf nächsten Sonntag angesetzte Heidegang findet früh 8 Uhr mit Musik statt. Die nächste Versammlung findet des Stiftungsfestes wegen 8 Tage früher statt. Eine demnächst einzuberufende öffentliche Versammlung soll sich über die Wahl eines Vertreters zum Gewerbegericht schlüssig werden. Schluß der Versammlung 7 Uhr.

† **Schlosser und Dreher.** Am Sonnabend den 10. d. Mts. hielt der Verein zur Wahrung der Interessen der Schlosser, Dreher und verwandter Berufsgenossen seine regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Gen. A. Weißmann über: Das neue Vereinsgesetz und die Gewerkschaften. 2. Diskussion über Preßstimmen aus „Die Einigkeit". 3. Quartalsabrechnung. 4. Neuwahl der Revisoren. 5. Fragekasten. — Gen. Weißmann erläuterte die Entstehung des Vereinsgesetzes, besprach das im Herrenhause angenommene neue Gesetz, welches wieder ein Ausnahmegesetz ist, da es nur gegen Anarchie und Sozialdemokratie angewendet werden soll. Jeder Mann von 20 Jahren sei verpflichtet des „Königs Rock" zu tragen, aber er soll nicht berechtigt sein, sich über seine wirtschaftliche sowie politische Lage zu bekümmern. Redner führt verschiedene in Sachsen vorgekommene Auflösungsverbote an und meint, was in Sachsen jetzt schon fertig gebracht wird, das bleibt bei uns dann nicht aus. Auch ist es eine irrige Auffassung, das Gesetz werde nur gegen politische Vereine angewendet werden, auch die Gewerkschaften hätten darunter sehr zu leiden. Sollte das Gesetz in Kraft treten, so werden die Genossen auch wieder wissen, was sie zu thun haben. Es sei sehr zu bedauern, daß über dieses Thema nicht mehr in den Gewerkschaften verhandelt wird. Redner hebt hervor, es müsse traurig um einen Staat stehen, der befürchtet, daß er von einer Gewerkschaftsversammlung umgestoßen werden kann. Wir müssen darnach trachten, daß das Vereinsrecht nicht verkürzt, sondern erweitert wird. Voller Beifall lohnte den Redner. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung der Schlosser und Dreher protestiert entschieden gegen die Vergewaltigung des preußischen Vereins- und Versammlungsgesetzes. Sie fordert nicht Beschränkung, sondern Ausdehnung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, damit die wirtschaftliche Lage der Arbeiter mit allen gesetzlichen Mitteln verbessert werden kann."

Im 2. Punkt beteiligten sich mehrere Kollegen an der Diskussion.

Zum 3. Punkt legte der Vorsitzende die Abrechnung, welche eine Mehrausgabe von 161.32 Mk. ergiebt. Es wurde dem nicht anwesenden Kassierer Decharge erteilt.

Der 4. Punkt wurde durch die Wahl von 4 Revisoren erledigt.

Zum 5. Punkt wurden 4 Fragen sowie die Mitteilungen der Gewerkschaftskartell-Beisitzer erledigt.

¼12 Uhr Schluß der nicht sehr stark besuchten Versammlung.

C. E.

† **Delitzsch.** Am 4. Juli tagte die Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle des Deutschen Maurerverbandes. Es wurde über den Bau des Maurer- und Zimmermeister Albrecht eine rege Debatte geführt, wobei den organisierten Kollegen ans Herz gelegt wurde, ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. Auch der hiesigen Stadtverordneten wurde gedacht. Der in Aussicht genommene Schulneubau sollte womöglich den hiesigen Meistern übertragen werden, indem die hiesigen Meister in Lohn- und Arbeitsbedingungen den Forderungen der Gesellen entgegengekommen sind. Bei Abschluß des Quartals betrug die Mitgliederzahl 103.

Aus dem Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 12. Juli.

Noch ein Beitrag zur Gesindeordnung. Der Dienstknecht Ernst Lehmann aus Zwochau war von dem Schöffengericht in Delitzsch — wo die gestern gemeldete Lausegeschichte verhandelt wurde — ebenfalls wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes zu 10 M. Geldstrafe event. 2 Tagen Haft verurteilt worden, wogegen er Berufung einlegte. Er war am 1. Januar d. J. bei der Frau Gutsbesitzer Aßmann in Groß-Lissa in den Dienst getreten und am 12. April wieder abgedampft, weil er nicht genug Essen bekommen hatte. Die Frau Aßmann besitzt zwei Höfe mit 500 Morgen Land und giebt ihren Knechten dreimal in der Woche, Dienstags, Donnerstags und Sonntags, aber nur mittags, Fleisch zu essen. Unter dem Sogenannten spendet sie ihrem Gesinde auch pro Woche 25 Pf. Käsegeld. Der Angeklagte behauptete, daß ihm Mittagsbrot vorgesetzt worden sei, welches er nicht habe genießen können. Aus dem Fasse genommenes ungekochtes Sauerkraut und trockene Kartoffeln, ohne das geringste bißchen Fleisch oder Fett, sei kein Mittagbrot für Knechte, die vom frühen Morgen bis zum späten Abend schwer arbeiten müßten. Die Kost sei so mangelhaft und unzureichend gewesen, daß sich die Knechte wiederholt beschwert haben. Sie hätten bei dem ihnen verabreichten Essen nicht existieren können und wären gezwungen gewesen, sich von ihrem Lohne noch Nahrungsmittel zu kaufen. Zwei Zeugen, der Kutscher Krause und der Knecht Krumbach, welche jetzt noch bei der Frau Aßmann dienen, bestätigten die Angaben des Angeklagten. Das gekochte Essen sei zuweilen nicht zu genießen gewesen und das ungekochte Sauerkraut ohne Fett und Gewürz mit trockenen Kartoffeln hätten sie nicht essen können. Frau Aßmann bekundete das Gegenteil und meinte, sie hätte stets schmackhaft und nahrhaft gekocht und dem Gesinde das Zukommende verabreicht. Das Kraut wäre gekocht gewesen; sie hätte selbst davon gegessen. In dem Urteil 1. Instanz, bei dem ein Rittergutsbesitzer und ein Gutsbesitzer als Schöffen mitgewirkt hatten, hieß es u. a., daß nach § 140 der Gesindeordnung dem Angeklagten nur dann das Recht zustand, den Dienst ohne vorhergehende Aufkündigung zu verlassen, wenn ihm von seiten seiner Herrschaft die notdürftigste Kost verweigert worden wäre. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung; der Gerichtshof sprach den Angeklagten aber frei und hob das erstinstanzliche Urteil auf, da die Sache nicht genügend aufgeklärt erscheine. Den Angaben der Frau Aßmann stehen die Aussagen des Kutschers Krause und des Knechts Krumbach diametral gegenüber; es liege ein non liquet vor, hieß es in der Urteilsbegründung.

Schema F. Am 10. April d. Js. hatten bei dem Handelsmann Moritz Blumentöpfe im Fenster gestanden, wodurch seitens der Polizei eine Gefährdung der unter dem Fenster vorbeigehenden Personen befürchtet wurde. Moritz erhielt darauf ein Strafmandat, bezahlte aber nicht und beantragte richterliche Entscheidung, worauf er vom hiesigen Schöffengericht wegen der Blumentopf-Polizeiverordnung zu 1 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Nun legte Moritz bei dem Landgericht Berufung ein und behauptete heute, daß er am 10. April gar nicht zu Hause gewesen sei, sondern im Gefängnis gesteckt habe. Er könne doch für das, was während seiner Gefängnishaft zu Hause passiere, nicht verantwortlich gemacht werden. Der Staatsanwalt überreichte hierauf dem Angeklagten ein Schreiben, worauf er sich bei der Gefängnisverwaltung bescheinigen lassen soll, daß er zur fraglichen Zeit im Gefängnis gesteckt. Der Angeklagte geht und kommt zurück mit der schriftlichen Bestätigung, daß seine Angabe richtig ist. Das Resultat ist, er wird freigesprochen. So mancher Federstrich ist gemacht, so manches Blättchen Papier beschrieben worden und wie viel Beamte sind in Bewegung gesetzt worden, um die Verletzung der Polizeiverordnung zu sühnen. Wahrlich, viel Arbeit um 1 Mk., die auch noch zu Unrecht verhängt worden war.

Zivilkammer.

Konsumvereine und Fleischerinnung. Wir berichteten am 11. Juni über einen Zivilprozeß, den der Fleischermeister Brauer gegen den Fleischermeister Logus von hier, und die Frau Fleischermeister Rößler in Giebichenstein wegen Zahlung einer Konventionalstrafe von je 600 M. angestrengt hat. Es handelt sich um das Abkommen, welches die hiesigen Fleischer im März d. J. getroffen hatten bezüglich der Gewährung von Rabattsätzen an die Konsumvereine. Die Fleischer hatten sich, wie bekannt, vom 15. März ab gegenseitig bindend auf 3 Jahre verpflichtet, den Konsumvereinen keine Rabattsätze mehr zu gewähren, und für jede Uebertretung eine Konventionalstrafe von 300 Mark festgesetzt. Diesem Abkommen sollen die beiden Beklagten in je zwei Fällen entgegengehandelt haben. Klägerischerseits wurde beantragt, die Beklagten zur Zahlung zu verurteilen, weil sie sich durch Unterschrift verpflichtet haben, keinen Rabatt mehr zu gewähren. Beklagterseits wird Abweisung beantragt, da die Unterschrift nicht als rechtsverbindlich angesehen wird. Frau Rößler will den Passus bezüglich der Konventionalstrafe gar nicht gelesen haben. Bezüglich der Frau Rößler wurde der Kläger Brauer schon heute mit seinem Klagantrage abgewiesen. Dagegen wurde bezüglich des Fleischermeister Logus die Sache vertagt und der Beschluß verkündet, daß, wenn Logus den Eid leistet, er habe die Unterschrift nicht als verbindlich anerkannt, der Kläger abgewiesen, er, Logus, im anderen Falle aber zur Zahlung [illegible] werde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970715-19/fragment/page=0003

Vermischtes.

* **Infolge übermäßiger Hitze** sind, wie aus Newyork vom Sonntag telegraphiert wird, im Gebiete der Vereinigten Staaten über 1000 Personen am Hitzschlage erkrankt. Seit dem 1. Juli sind 350 Todesfälle vorgekommen. Die Sterblichkeit steigerte sich in vielen Städten außerordentlich.

* **Dr. Wille,** welcher am 3. d. M. in Graz wegen angeblicher „Religionsstörung" verhaftet worden ist, befindet sich noch immer im Grazer Gefängnis in Untersuchungshaft. Seine Freunde in Graz haben sofort die nötigen Schritte gethan, um nötigenfalls Kaution in jeder Höhe zu stellen. Zum Rechtsbeistand ist ein tüchtiger Grazer Jurist bestimmt worden. Im übrigen sieht man die Verhaftung Wille's in Oestreich als einen Mißgriff des Regierungsvertreters an. Die Regierung, so ist man allgemein der Ansicht, werde, um sich nicht zu blamieren, vielleicht Dr. Wille nach einigen Tagen über die Grenze abschieben. Im allerschlimmsten Falle könne Dr. Wille nur 8 Monate Arrest bekommen (nur? das wäre doch reichlich genug.)

Aus dem Reiche.

Dresden. Ein 13jähriger Knabe, welcher einem Glasergehilfen zur Hand ging, fiel durch ein Glasdach in einen drei Meter hohen mit kochender Lauge gefüllten Bottich und war sofort tot. Man denke: ein Kind zu einer so gefahrvollen Arbeit benutzt, und der Bottich unbedeckt. Welch elende kapitalistische Wirtschaft.

Döbeln. Wieder ein Soldatenselbstmord. Der Soldat Neubert von der 3. Kompagnie des 139. Regiments hat sich erschossen. Der unglückliche junge Mann ist von Beruf Steinmetz, seine Eltern wohnen in Deuben. Schon früher äußerte er im Mißmut über seine Lage beim Militär, er würde sich noch eine Kugel durch den Kopf schießen. Am Sonntag abend 9 Uhr hat er es wahr gemacht. Die Angehörigen erhielten zunächst telegraphische Nachricht, daß der Sohn erkrankt sei und erst eine 2. Depesche meldet lakonisch „gestorben." Was die direkte Veranlassung zu dem Verzweiflungsschritt gewesen, wird hoffentlich die Untersuchung ergeben.

Bonn. Eine Felddienstübung, welche das hiesige Husaren-Regiment in der Rheinbacher Gegend abgehalten hat, ist nicht ohne schwere Unfälle verlaufen. Die Lanze eines Husaren verfing sich in dem Geäste eines Baumes und drang einem Husaren in die Brust. Schwerverletzt mußte er nach dem hiesigen Garnison-Lazarett transportiert werden. Ein anderer Soldat kam durch Hufschläge eines Pferdes schwer zu Schaden.

Eingesandt.

Nochmals Verband der deutschen Buchdrucker! Im Anschluß an die in Nr. 157 des Volksblattes gebrachte Notiz über den befremdenden Aufruf des Zentralvorstandes und die treffliche und schlagende Kritik seitens des Einsenders des betr. Artikels ist es wohl angebracht, in der jetzt wahrscheinlich wieder beginnenden Zeit der Protest-Versammlungen innerhalb des Verbandes gegen die klar und unverhüllt zu Tage getretenen Anschauungen des Zentralvorstandes einige Worte an alle Kollegen, gleichviel ob Tarifgegner oder -freund, zu richten. Vor allen Dingen ist jetzt wohl die Frage aufzuwerfen: Wer untergräbt augenblicklich die Disziplin, fördert die Zwietracht und reizt zur Provokation in den Reihen des Verbandes? Hat der Pfingstkongreß der Tarifgegner den starken und mächtigen Verband überhaupt oder so schwer geschädigt, wie dies von den Verbandsfunktionären behauptet wird? Nein! Daß die sogen. Opposition sich ihr Organ erhalten will durch eine Wochensteuer von 10 Pf. ist noch kein Beweis dafür, daß sich die Leser desselben nicht den Generalversammlungsbeschlüssen fügen. Sind dieselben nicht ebenfalls für die Einführung des Tarifs thätig gewesen und haben sie sich nicht ebenso geopfert wie die Anhänger dieser Abmachungen? Beweis: Rheinland-Westfalen. Die Beschlüsse des Leipziger Pfingstkongresses werden die Verfechter und Befürworter derselben nicht hindern, morgen noch, sobald es nötig thut, dem Rufe der Verbandsleitung zu folgen und für die Existenz und die Prinzipien des Verbandes zu kämpfen, aber deshalb kann unmöglich verlangt werden, daß ein Teil der Mitglieder sich eine Meinung aufoktroyieren lasse, die nur in taktischen Fragen ihren Ursprung hat und von deren Annahme seitens der Tarifgemeinschaftsgegner deren Verbleiben im Verbande abhängig gemacht werden soll. Ist es so weit gekommen im Verbande der deutschen Buchdrucker, daß ihnen vorgeschrieben wird, welche Lektüre ihnen am bekömmlichsten ist und welche sie lesen dürfen? Ist dies der Fall, dann kann es leicht möglich sein, daß den klassenbewußten Kollegen das Lesen der Arbeiterblätter untersagt wird, denn nach dem letzten Aufruf des Zentralvorstandes ist vorauszusehen, daß sämtliche Parteiblätter sich dazu äußern werden, in welchem Sinne bedarf wohl keiner Beantwortung, und in Konsequenz dessen werden sich die Verbandsführer gemüßigt sehen, um den Zerstörungsbestrebungen entgegen zu treten, im Interesse der Organisation derartige Blätter fernzuhalten; die Probe hiervon ist durch eine Anzahl Leipziger Kollegen an der dortigen Volkszeitung schon gemacht; das Prinzip ist in solchen Fällen wohl Nebensache, hier entscheiden eben persönliche Ansichten und einseitige Auffassung der Thatsachen. — Was nun den Ausdruck **Gasch**'sche Opposition anbetrifft, so ist derselbe wohl nur Mittel zum Zweck, um unter diesem Deckmantel persönliche Interessen als die Allgemeinheit angehend zum Austrag zu bringen. Denn die Opposition selbst kennt nicht in Gasch ihren Führer, sondern nur den Vollbringer, das Werkzeug ihres Willens, die ausführende Person. Also nur sachlich und nicht persönlich urteilen! Alle Kollegen, die sich zu den Lesern des Volksblattes zählen, werden dem Einsender dieses in der Beantwortung der eingangs aufgeworfenen Frage recht geben, wenn dem Zentralvorstand die Verantwortung für seine neueste Provokation aufgebürdet wird, denn nur durch seinen letzten Aufruf reißt er kaum verharrschte Wunden wieder auf, verhöhnt er eine ebenfalls auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Minderheit im Verbande. Alle objektiv denkenden Kollegen mögen sich prüfen, ob sie auch diesmal unthätig zusehen wollen, wie ein Teil der besten Kämpfer und ältesten Mitglieder, die so manches Mal Schulter an Schulter mit ihnen gestanden in schweren Tagen, Not und Entbehrungen mit ihnen gelitten und ihre eigenen Interessen oft der Organisation untergeordnet haben, aus der sie jetzt wegen taktischer Fragen und persönlicher Meinungsverschiedenheiten herausgeworfen werden sollen. Haben es sich die Verbandsdespoten wohl überlegt, wie viele Mitgliedschaften durch die Gewaltmaßregeln aufgehoben und zerstört werden, und dies letztere muß der Fall sein, denn es wird sich kein Oppositionskollege bereit finden, durch Gewalt eine Gesinnung aus seinem Herzen sich reißen zu lassen und so in den Augen seiner eigenen objektiv denkenden Kollegen ein Lump zu werden. Es sei dies keine Bitte an die Kollegen, sondern eine Ermahnung an ihre Pflicht, sich in den kommenden schweren Tagen ein gesundes Urteil zu bewahren, und sich in den mit Ausschlüssen beschäftigenden Versammlungen stets vor Augen zu führen: Leicht hält es, diese Kollegen auszustoßen, aber dieselben wieder zu gewinnen, wird der Verbandskasse manchen Groschen unnötigen Geldes kosten. Ist doch der Stein schon ins Rollen gekommen, sind doch schon die Gemüter aneinander geraten in einem Gau, in welchem erst vor Monaten die Einigkeit als schönstes Ideal die Verbandsinteressen hochhielt: durch die Verfolgungsmanie einzelner Personen hat es der Ortsverein Düsseldorf fertig gebracht, sechs seiner Mitglieder mit **14, 16 und 19** Jahren Verbandsangehörigkeit aus seinen Reihen auszustoßen, vorläufig, wie der Bericht besagt. Lassen wir es in unsern Kreisen nicht dahin kommen, dann bleiben uns Selbstvorwürfe und — — die Verachtung der deutschen Arbeiterschaft erspart. C. W. in N.

In Naumburg müssen die Kinderwagen und Kinderfahrstühle auf behördliche Anordnung eine ihnen von der Behörde vorgeschriebene Nummer tragen, gerade so wie die Droschken. Das Nummerschildchen erhalten die betr. Ehestandslokomotiveninhaber gegen eine Gebühr von 15 Reichspfennigen auf der Polizeibehörde. Ob dieser Betrag jedes Jahr von neuem erlegt werden muß, weiß ich nicht, ebenso auch nicht, ob die Schilder der betreffenden Wagen und Fahrstühle vielleicht in verschiedenen Farben oder mit sonst irgend einem Merkmale versehen verausgabt werden, welche anzeigen, ob sich in dem Wagen ein Knäblein oder ein Mägdlein, ein eheliches oder uneheliches Kind befindet, das Kind eines Reichen oder eines Armen, das eines Freien oder eines Unfreien. R.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 12. Juli.

Aufgeboten: Der Schneidermeister Otto Voigt und Agnes Rieß (Leipzigerstraße 42 und Mallmitz).

Eheschließungen: Der Polizei-Sergeant Bödecker und Anna Haase (Schmeerstraße 5 und Rannischestraße 10). Der Schuhmacher Birke und Minna Klett (Zenkerstraße 15 und Bäckerstraße 8).

Geboren: Dem Kaufmann Heinze ein S. (Lindenstraße 60). Dem Fabrikarbeiter Döschner ein S. (Zwingerstraße 9). Dem Feldwebel Horn ein S. (Reilstraße 128). Dem Schneidermeister Rust eine T. (kl. Sandberg 8). Dem Handarbeiter Schmidt eine T. (kl. Schloßgasse 7). Dem Eisendreher Mischur ein S. (Weingärten 4). Dem Vize-Feldwebel Knauf eine T. (Reilstraße 128). Dem Handarbeiter Kooczalla ein S. (Thorstraße 51). Dem Bahnarbeiter Volkmer eine T. (Schmiedstraße 23). Dem Schmied Vogel eine T. (Bahnhofstraße 17). Dem Schlosser Wendt ein S. (Bahnhofstraße 8). Dem Handarbeiter Kucharzak ein S. (Henriettenstraße 13). Dem Zimmermann Beyer ein S. (Pfännerhöhe 55). Dem Maler Isaack ein S. (kl. Wallstraße 2). Dem Bäckermeister Hädicke ein S. (Schillerstraße 31). Dem Stadthauptkassenbuchhalter Balthasar eine T. (Blumenthalstraße 22). Dem Bahnarbeiter Spatzier ein S. (Wilhelmstraße 4). Dem Schauspieler Fritzschler eine T. (Langensalza). Dem Handarbeiter Röstel ein S. (Unterplan 5).

Gestorben: Des Böttchers Lenk T., 3 Mon. (Hochstraße 19). Des Handarbeiters Wagner Ehefrau, 35 J. (Saalberg 24). Die Witwe Wagner geb. Engel, 62 J. (Zenkerstraße 15). Des Hilfsbahnwärters Lochmann S., 10 Mon. (Schlosserstr. 15). Des Barbiers Hasenleier S., 4 Mon. (Schmeerstraße 12). Des Stellmachers Dönicke S., 9 Mon. (Jakobstraße 23). Des Schlossers Schnerr S., 6 Mon. (Zwingerstraße 17). Des Restaurateurs Schumann T., 3 Mon. (Markt 13). Des Schuhmachers Noack T., 3 Mon. (Mittelwache 13). Des Handarbeiters Ulrich S., 1 Woche (Mühlweg 11). Des Korbmachers Bernhardt S., 1 J. (Turmstraße 157). Des Schlossers Wendt S., 9 Stdn. (Bahnhofstraße 8). Der Rentner Schütz, 49 J. (Magdeburgerstraße 40). Des Fabrikarbeiters Nowack S., 1 J. (Bahnhofstraße 8). Des Stellmachers Japel S., 3 Mon. (Krukenbergstraße 7). Des Fleischermeisters Rappsilber S., 9 Mon. (Thorstraße 49). Des Schuhmachers Wendler S., 3 Mon. (Lessingstraße 21). Des Handarbeiters Wittling Ehefrau, 39 J. (Bäckerstraße 9). Des Kesselschmieds Becker T., totgeb. (Merseburgerstraße 50). Des Handarbeiters Günther S., 10 J. (Klinik).

Halle, 13. Juli.

Aufgeboten: Der Fabrikarbeiter Blume und Minna Lange (Schmiedstraße 21 und Saalberg 2). Der Kernmacher Welz und Linna Schuster (Schillerstraße 46). Der Vize-Feldwebel Grossert und Franziska Remmert (Dessauerstraße 70 und Bergstraße 5). Der Schriftsetzer Löschke und Hedwig Schabirosky (Steg 3 und Giebichenstein).

Eheschließungen: Der Lagerist Löffelholz und Agnes Brüggemann (Friedenstraße 1 und Spitze 11). Der Maurer Kutscher und Elise Kolb (Thorstraße 31 und 34).

Geboren: Dem Rollkutscher Haferung ein S. (Hirtenstraße 13). Dem Handarbeiter Wendisch ein S. (Schmiedstraße 24). Dem Handarbeiter Walther ein S. (Schmiedstraße 22). Dem Handarbeiter Nicolai ein S. (Glauchaerstraße 60). Dem Maler Brandt eine T. (Lessingstraße 8). Dem Glasmalereibesitzer Zielke eine T. (Bergstr. 6). Dem Schneidermeister Liedicke ein S. (gr. Wallstraße 2).

Gestorben: Des Restaurateurs Voigt S., 1 J. (Merseburgerstraße 51). Der Rechnungs-Direktor Gierich, 46 J. (Bahnhofstraße 1). Des Handarbeiters Hoff T., 7 Mon. (Kellnerstraße 7). Des Klempnermeisters Reichenbach S. Franz, 7 Monate (Königstraße 17).

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. **Voelkel** in Halle.

Große öffentliche
Maurer-Versammlung
Donnerstag den 15. Juli abends 8 Uhr im Saale der „Moritzburg".

Tagesordnung:

1. Die Maßregelung der Kollegen in dem Albrecht'schen Baugeschäft.
2. Verschiedenes.

Die Kollegen aus diesem Geschäft werden besonders ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. **Der Vertrauensmann.**

Achtung, Former!
Donnerstag den 15. Juli abends 8½ Uhr im Lokale gr. Ulrichstr. 50
öffentliche Former-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Die Aussperrung von 8 Kollegen bei der Firma Anton Jakobi, Delitzscherstraße. 2. Die Gewerbegerichtswahlen und Kandidaten-Vorschläge zu denselben. 3. Verschiedenes.

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen **Der Einberufer.**

Achtung! Oeffentliche **Achtung!**
Bergarbeiter-Versammlung
Sonnabend den 17. Juli im Lokale des Herrn Ziller zu Gröben.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 5 Pf.
Das Erscheinen aller Bergleute ist dringend erforderlich. **Der Vertrauensmann.**

Geschäfts-Eröffnung!
Meinen werten Nachbarn sowie einem geehrten Publikum und meinen Freunden zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage die
Bäckerei Spitze Nr. 1
übernommen habe. Mit der Versicherung, stets nur gute und saubere Ware liefern zu wollen, hoffe ich mein Unternehmen unterstützt zu sehen. Achtungsvoll
Richard Schulz, Bäckermeister.

Allerfeinstes **Provenceröl, deutsches Mohnöl** und alle anderen **Speiseöle**, sowie ff. **Wein-, Kapern- u. Naturell-Mostrich** offeriert in ff. frischer Ware **ganz billig**. Die Mostrich- und Speiseöl-Fabrik **Krahnert & Co., Fischerplan 6.**

Erklärung!
Auf die in der „Saale-Zeitung" gebrachte Notiz von der Schuhmacher-Innung über Besohlungs-Anstalten, daß nur geringwertiges Material in denselben verarbeitet wird, muß ich erwidern, **daß ich nur gutes, bestes Leder einkaufe und solches auch zum Besohlen verwende,** und bin ich bereit, die Schuhmacher-Innung von Halle wie auch jeden einzelnen Privatmann hiervon zu überzeugen. Sollte auch ich damit gemeint sein, so weise ich den Vorwurf der Schuhmacher-Innung entschieden zurück.
Mechan. Schnell-Besohlungs-Anstalt
K. Knimitzer, alter Markt 2.

Donnerstag
Schlachte-Fest.
Früh 8 Uhr Wellfleisch.
Franz Naue, Beesenerstraße 1.

Richters Restaurant, Bahnhofstr. 26 empfiehlt **Mittagstisch** p. Woche 3 M.

Sparmann's
Uhrenfabriklager
gr. **Steinstraße 47** neben Walhalla ist wegen seiner billigen **Reparaturpreise** und immer anerkannt guten Ausführungen **stets voran.** Neue Feder 1 M., Uhrreinigen 1 M., neuer Zylinder 2 M., Kapsel 15 Pf., Schlüssel 5 Pf.
Garantie 2 Jahre.

Wir empfehlen 3 gebrauchte, gut erhaltene
Rover
im Preise von 100, 120 und 160 M.
Albin & Paul Simon.

Eine sehr leistungsfähige Fabrik von
Konsum-Artikeln,
welche in **jeder Familie täglich** verbraucht werden, beabsichtigt **überall Detail-Geschäfte** zu errichten. Zur **selbständigen Führung** werden gegen angemessenen Verdienst **Personen gesucht,** welche in geordneten Verhältnissen leben, keine zu große Familie besitzen, fleißig sind und deren Ehefrauen sich besonders für Sauberkeit interessieren. Ausgedehnte Bekanntschaft in Arbeiterkreisen ist auch notwendig. Ausführl. Offerten unter **J. F. 9836** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** erbeten.

Weissenfels.
Großer Inventur-Ausverkauf.
Wie alle wissen,
sind meine Waren stets die **solidesten** und **billigsten.**

Jetzt nach der Inventur verkaufe sämtliche am Lager befindlichen Waren zu noch **bedeutend billigeren Preisen.** Verschiedenes **unter Einkaufspreis:**

Herren- und Kinder-Anzüge, Hosen, Jacketts und Westen, grosse Auswahl aller Arbeiter- und Wochentags-Garderobe, Hüte und Mützen für Herren und Knaben, Schlipse, Hosenträger; grosses Lager aller Sorten Kleiderstoffe in Wolle, Halbwolle und Baumwolle; sämtliche Baumwollwaren, Barchent, Futterstoffe.

Größte Auswahl in
Schuhwaren jeder Größe (eigenes Fabrikat).
Man beachte unsere Auszeichnungspreise.
Böhmes Warenhaus
Nikolaistraße 7.

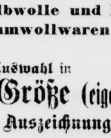
Halte mein
Mehl- und Futterartikel-Geschäft
bei Bedarf bestens empfohlen.
Rudolf Horn,
Giebichenstein, Reilstr. 111.

Nur für 9 Mk.
können j. **Damen** die feine **Damenschneiderei, Massnehmen** und **Schnittezeichnen** nach der **neuesten, mehrfach preisgekrönten Methode** leicht und gründlich erlernen
Frau Olga Schubert, Modistin,
Schillerstr. 19, p.

Möbelfabrik und Magazin
31 Fleischerstraße 31.
Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter **Möbel und Polsterwaren** der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.
H. Bergmann, Tischlermstr.

Selbstgef. Kleiderschr. f. 24 M., Vertikow, Bettst., Kommode, Tische, Stühle, Sofas, bill. b. **K. Bieler,** Tischlermstr., Geiststr. 31.

Donnerstag **Schlachte-Fest.**
A. Dietzschold, Zeitz, Neuestr. 11.

C. Hammer, Uhrmacher, Leipzigerstraße 42.

Taschenuhren, Nickel, 5, 6, 8 und 10 Mark
Zylinder Remontoir Goldrand 10, 12, 14 und 16 Mark.
Regulateure, 14 Tage gehend, 12, 14, 16 u. 18 M.
Wecker 2,50 Mark
Reelle Garantie.
Versand gegen Nachnahme.

Junges Mädchen kann Schneidern erlernen. Kuhgasse 3, II.

Todes-Anzeige.

Nach kurzem Leiden verschied unser kleiner **Ernst** im Alter von 3 Monaten.

Ferdinand Fuchs u. Frau, Ludwigstraße 13.

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Begräbnis unseres Kindes sagen wir unsern herzlichst. Dank.

Halle a. S. den 13. Juli 1897.

Max Meier u. Frau geb. Glück.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: **Aug. Groß.** — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970715-19/fragment/page=0004